



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 3.1 der öffentlichen Sitzung am 13. Juli 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0091

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt zu TOP 3 "Aufbau eines "Public-Health-Points" (PHP) in Wiesbaden, Anmietung einer Liegenschaft in der Wiesbadener Innenstadt" der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 13. Juli 2022

"Public-Health Points" in Wiesbaden - Klärung der Finanzierung

Das Bundesgesundheitsministerium schreibt auf seiner Homepage zu Gesundheitskiosken:

"Deutschlandweit sollen neue Beratungsangebote für Patientinnen und Patienten in sozial benachteiligten Regionen aufgebaut werden. Langfristig sollen 1.000 Gesundheitskioske bundesweit aufgebaut werden. Initiiert werden sollen die Anlaufstellen von den Kommunen, finanziert mehrheitlich von den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, die Kommunen beteiligen sich. Hauptaufgabe der Kioske ist es, den Zugang zur Versorgung der Patientinnen und Patienten mit besonderem Unterstützungsbedarf zu verbessern und die Versorgung zu koordinieren."

Die Finanzierung durch die Krankenkassen beträgt 85%. Diese Förderung gilt allerdings nur, wenn die Kioske in "in sozial benachteiligten Regionen oder Stadtteilen" aufgestellt werden. Ob die Sitzungsvorlage in der jetzigen Form förderfähig ist, ist fraglich und muss dringend geprüft werden. Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Sitzungsvorlage wird bis zur Beantwortung der Fragen zur Finanzierung und des Standorts des "Public-Health-Points" bzw. des "Gesundheitskiosk" zurückgestellt.

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) abschließend zu klären, wie die Finanzierung des Projekts aussieht.
- 2) bei der Klärung darauf einzugehen, ob das Projekt in der vorgesehenen Form als Gesundheitskiosk förderfähig ist und welchen Eigenanteil die Landeshauptstadt Wiesbaden gegebenenfalls trägt.
- 3) zu prüfen, ob sich ein erster "Public-Health-Point" bzw. "Gesundheitskiosk" auch in Stadtteilen mit besonders großen sozialen Bedarfslagen umsetzen lässt. Dabei soll ebenfalls auf die Förderfähigkeit und den Eigenanteil der LHW eingegangen werden.
- 4) den Namen "Public Health Point" in "Gesundheitskiosk" zu ändern.

---

Beschluss Nr. 0187

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 13.07.2023

  
Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 17.07.2023


Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

  
Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, 20.07.2023

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

  
Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister